

Adolf Jungbluth

RATIONALISIERUNG UND SOZIALE PRAXIS

Die in den zwanziger Jahren im Zuge der industriellen Entwicklung und der großen von den USA herübergetragenen Rationalisierungswelle aufkommende systematische Behandlung arbeitswissenschaftlicher Probleme verlangte von den Gewerkschaften eine Stellungnahme. Die Gewerkschaften begannen zu jener Zeit über ihre sozialpolitische Bedeutung hinauszuwachsen und mehr und mehr zu Faktoren neuer Wirtschaftspolitik zu werden. Das verpflichtete. Mit einer kämpferischen Ablehnung, wie sie häufig aus den Betrieben heraus und von Oppositionsgruppen gefördert wurde, war mit diesen Fragen nicht fertig zu werden. So beschäftigten sich die europäischen Gewerkschaften vor 1933 schon ernsthaft mit den Fragen der Rationalisierung und jenen aufkommenden Zweigen der Arbeitswissenschaft, die letztlich mehr oder weniger in der Zweckbestimmung einer Rationalisierung des Wirtschaftsgefüges, seines Wirkungsgrades und seiner Funktionen münden.

Im August 1927 beschäftigte sich der Internationale Gewerkschaftsbund auf seinem 4. Kongreß in Paris mit diesen Problemen. In einer Resolution wurde die Bejahung der Rationalisierung unter der Voraussetzung zum Ausdruck gebracht, daß diese nicht nur als technische Maßnahme gesehen, sondern in ihrer ganzen volkswirtschaftlichen Bedeutung erfaßt und unter Mitwirkung der Gewerkschaften zu einem Mittel der Erhöhung des Realeinkommens gestaltet werden müsse.

Auf dem Hamburger Kongreß des *Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes* (ADGB) im September 1928 sagte Theodor Leipart:

„Wir haben stets, besonders in unserem Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit selbst, verlangt, daß die Unternehmer sich die technischen Fortschritte zunutze machen und die Organisation der Betriebe verbessern und modernisieren sollten ... Wir waren und sind aber der Meinung, daß eine Rationalisierung der Wirtschaft, die keine Lohnerhöhung und keine Hebung des allgemeinen Wohlstandes der großen Volksmasse mit sich bringt, den Namen nicht verdient und keinen Anspruch darauf hat, anerkannt zu werden.“

Die nachfolgenden Jahre haben dann allerdings, zumindest in Deutschland, nicht den Nachweis erbracht, daß die deutsche Unternehmerschaft im allgemeinen diese großen Zusammenhänge erkannt hatte. Im Gegenteil: Sie ließ sich von einer kurzsichtigen Profitsucht und einem blinden Machtbedürfnis leiten. Statt als logische Folgerung der Rationalisierung durch Senkung der Preise und Erhöhung der Löhne einerseits den inneren Markt zu stärken und andererseits durch Arbeitszeitverkürzung eine gesunde spezifische Mehrleistung und einen Produktionsregulator einzuschalten, forderten sie verblendet das Gegenteil. Als es ihnen, gestützt auf politische Machträger, gelang, ihre Forderungen - so z. B. nach Verlängerung der Arbeitszeit und Preiserhöhungen - durchzusetzen, da war nicht zuletzt hierdurch jene Entwicklung eingeleitet, die uns ins tiefste Elend führte.

Daneben entwickelte sich eine Pseudo-Arbeitswissenschaft, die das stärkste Mißtrauen und den schärfsten Widerwillen des größten Teils der Arbeiterschaft herausforderte.

Taylor begann eine, der deutschen Mentalität völlig wesensfremde, zweckbestimmte Zerpfückung seelischer Faktoren für eine Mehrleistung um jeden

Preis einzusetzen. Seine „Menschenökonomie“ ging viel mehr von der materiellwirtschaftlichen Überlegung aus, daß die Pflege und der rationelle Einsatz des „Faktors Mensch“ die Kostengestaltung günstig beeinflusse, als von sozialen und humanen Beweggründen. Das wurde der Arbeiterschaft bald und in vielen Betrieben mit Nachdruck bewußt.

In Anlehnung an diese Lehre entstand in Deutschland das DINTA (Deutsches Institut für technische Arbeitsschulung), das bald zum Mittelpunkt und Inbegriff einer „gelben“ Werkspolitik wurde. Mit der Zweckbestimmung, eine gefügige, die Gewerkschaften als „unnötig“ ansehende Arbeiterschaft zu erziehen, wurden in den DINTA-Schulen Werkmeister und Ingenieure geschult. Werks-Kriegervereine, Werks-Sportvereine, Gesangvereine usw., Werkszeitungen, Werkssiedlungen und viele heuchlerisch sozial getarnte Maßnahmen waren ihre Instrumente. Die bedenkenlose Übernahme des Instituts und seiner Methoden durch die Nazis sowie die Ernennung seines Leiters *Arnold* zum Professor kennzeichnet zur Genüge den Geist dieser Einrichtung.¹

Bei Neugründung der Gewerkschaften nach dem Ende des „Dritten Reiches“ standen wir einer in vielerlei Hinsicht völlig veränderten Situation gegenüber. Nachdrücklicher als zuvor erhoben die Gewerkschaften die Forderung nach vollwertiger Anerkennung des Wirtschaftsfaktors Arbeitskraft. Das bedingte aber wiederum eine Klarstellung der Beziehung der Gewerkschaften zur Arbeitswissenschaft und den Problemen der Rationalisierung. Die Wissenschaft, deren Aufgabe es ist, für die Beziehungen des Menschen zu seiner Arbeit und Arbeitsumwelt die sozial, psychisch, physisch und wirtschaftlich günstigsten Bedingungen zu ermitteln und ihre Anwendung vorzubereiten, *muß zu einem Privileg desjenigen Wirtschaftspartners werden, der die Arbeitskraft vertritt.*

Zum anderen muß dieser Wirtschaftspartner, also die Gewerkschaften, in aktiver Teilnahme an der Wirtschaftsgestaltung und klarer Erkenntnis akuter Notwendigkeit sich an der Förderung der Rationalisierung unserer Wirtschaft und Verwaltung in ihrer Gesamtheit beteiligen. Diese Beteiligung muß aber die Möglichkeit voraussetzen, auf die Gestaltung der Rationalisierung einen entscheidenden Einfluß zu nehmen, der gewährleistet, daß alle Rationalisierungsbestrebungen letztlich einmünden in die großen Ziele dieser Bestrebungen: Existenzsicherung für das deutsche Volk; Erhöhung der Konsumkraft und damit des Lebensstandards der arbeitenden Menschen in Deutschland.

Aus diesen Gründen haben gewerkschaftliche Fachleute seit dem Wiederaufbau der deutschen Rationalisierungsbewegung in Deutschland an den Arbeiten in der Spitzenorganisation (Rationalisierungsausschuß der Deutschen Wirtschaft e. V. - RAW) teilgenommen.

An der ersten ordentlichen Mitgliederversammlung des RAW seit seiner Gründung im März 1949, die am 5. Mai 1950 in Stuttgart stattfand, nahmen im Auftrage des Bundesvorstandes Gewerkschaftsvertreter teil, die zu Beginn der Tagung folgende Erklärung abgaben:

„Die gewerkschaftlichen Vertreter sehen ihre Aufgabe bei Mitarbeit im RAW darin, die Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Wechselwirkung von betrieblicher und überbetrieblicher Rationalisierung zu erreichen. Jegliche Rationalisierung erfordert besondere Beachtung ihrer Folgen, insbesondere angesichts der bestehenden Millionen-Arbeitslosigkeit.

Die Arbeitnehmerschaft steht allen Rationalisierungsmaßnahmen mit berechtigter Skepsis gegenüber. Sie befürchtet nach den vorausgegangenen Erfahrungen, daß sich

1 Herr Arnold will „im alten Dintageist“ heute wieder an seine Aufgaben herangehen. Aus seiner „Dinta“ ist die „Gefa“ (Gesellschaft für Arbeitspädagogik m.b.H.) geworden.
Mit Nachdruck verweisen wir auf die soeben erschienene Streitschrift von Fritz Fricke: Dintageist – Wirtschaftsbürger, mit einem Vorwort von Georg Reuter, Bund-Verlag, Köln.

ihre Lage infolge der unmittelbaren Folgen der Rationalisierung verschlechtert, solange die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft nicht gesichert ist.

Im Interesse einer volkswirtschaftlich wirkungsvollen Rationalisierung kommt es nach gewerkschaftlicher Auffassung darauf an, die höchstmögliche Erzeugung zu verbinden mit steigender Kaufkraft und Vollbeschäftigung, um eine stärkere Beanspruchung der menschlichen Arbeitskraft zu erreichen. In diesem Zusammenhang muß sich der RAW darüber klar sein, daß planlose Investitionen alle Rationalisierungsarbeit zunichte machen müssen. Die gewerkschaftlichen Mitarbeiter in den Organen des RAW erwarten, daß der RAW sich diesen volkswirtschaftlichen Erfordernissen bewußt und bereit ist, die Rationalisierungsmaßnahmen auf dieses gesamtwirtschaftliche Ziel als die eigentliche Konsequenz der Rationalisierung abzustimmen. Die Anerkennung dieser Grundsätze durch den RAW ist die Voraussetzung für die Mitarbeit der Gewerkschaften.²

Diese Forderungen wurden von der Versammlung ohne Widerspruch angenommen.²

Die Verantwortung, die die Gewerkschaften für die soziale Existenzgestaltung der arbeitenden Massen, sowie für die Steigerung des Lebensstandards tragen, setzt heute eine aktive Förderung abgewogener Rationalisierungsarbeit voraus. Weit davon entfernt, ein kritikloser Nachbeter amerikanischer Praktiken zu sein, kann ich doch nicht umhin, mit Anerkennung auf den Weg hinzuweisen, den die amerikanischen Gewerkschaften in den letzten 13 Jahren zum Wohle der von ihnen vertretenen Arbeitnehmer beschritten haben.

In der amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie sind von 1936 bis 1949 die Durchschnittslöhne je Stunde von 66,8 Cents auf 168,2 Cents gestiegen, also um 148 v. H. In der gleichen Zeit stieg der amerikanische Lebenshaltungsindex um 66 v. H. Die Mindestlöhne wurden von 44,0 Cents auf 118,5 Cents gehoben. Gleichzeitig konnten beachtliche Verbesserungen bezüglich Urlaub, Pensionen und sonstiger sozialer Leistungen erzielt werden. Heute erhält ein 65 jähriger Arbeiter der Stahlindustrie eine erheblich höhere Pension als sein Arbeitsverdienst 1936 betrug.

Diese Leistungen konnten natürlich nicht aus dem Nichts, auch nicht aus der Gewinnquote der Unternehmer allein geschöpft werden, sie entsprangen einer echten produktiven Mehrleistung. Während 1937 512.000 Beschäftigte 56 Mill. Tonnen Stahl produzierten, wurden 1948 von 503.000 Beschäftigten 88 Mill. Tonnen Stahl erzeugt. Diese Entwicklung wurde nicht zuletzt durch die Stahlarbeitergewerkschaft (USA - United Steelworkers' Association, CIO) gefördert und betrieben. Aus der Erkenntnis heraus, daß durchgreifende höhere soziale Leistungen nur einer höheren Produktivität folgen können, haben mehrere amerikanische Gewerkschaften eigene Ingenieur- und Rationalisierungsbüros errichtet und sich aktiv, zuweilen sogar gegen den Willen der Manager, in die Rationalisierungsarbeit der Wirtschaftszweige und Einzelbetriebe eingeschaltet. Diese gewerkschaftliche Mitarbeit sicherte nicht nur die Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge der Rationalisierung, sondern auch die Schonung und den Schutz des Menschen.

Neben den Stahlarbeitern sind es noch andere Gewerkschaften - so vor allem diejenigen der Textilarbeiter -, die nachdrücklich im Interesse ihrer Mitglieder eine fortschreitende Rationalisierung der Betriebe fordern und selbst praktisch hieran mitwirken.

Neben der sozialen Besserung tritt die Verkürzung des Arbeitstages als logische Folge der Rationalisierung in Erscheinung. Während allgemein die

2 Siehe die vom Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Gewerkschaften herausgegebene Schrift: Rationalisierung und Arbeitnehmerschaft, Entwurf einer gewerkschaftlichen Stellungnahme, Bund-Verlag, Köln 1950.

40-Stunden-Woche für fast alle Berufe gilt, sind in einzelnen Industriezweigen die Tendenzen einer weiteren Senkung festzustellen. So arbeitet die Gummiindustrie seit einigen Monaten bei 6stündigem Arbeitstag 30 Stunden in der Woche und es ist anzunehmen, daß bald andere Industrien folgen werden. Hierbei ist beachtlich, daß bei gleichlaufender, sinnvoller Rationalisierung unter Aufsicht der Gewerkschaft die im *Leistungslohn* tätigen Belegschaften keine Lohneinbuße erleiden, sondern sogar darüber hinaus um ein geringes den Lohn steigern konnten. Die Frage der optimalen physischen und geistigen Leistungen sowie die Erhaltung der notwendigen psychischen Leistungsbereitschaft durch ausreichende Freizeit stehen hier im Vordergrund. Auch wir in Deutschland haben Anlaß, uns in nächster Zeit diesen Fragen ernsthaft zuzuwenden, wenn auch in Nahziel und Taktik unsere Rationalisierungsarbeit in mancher Hinsicht von der Praxis der USA abweichen wird.

So muß es die vordringlichste Aufgabe in Deutschland sein, daß durch sinnvollere Wirtschaftsgestaltung als erstes Ziel die Beseitigung der in höchstem Maße unrationellen Arbeitslosigkeit in Angriff genommen wird. Wenn in unserem armen Land jährlich durch die Arbeitslosigkeit ein wirtschaftlicher Verlust von etwa 2,5 Milliarden DM entsteht (Unterstützungen, Steuer- und Beitragsausfall), wenn in Anbetracht eines ungeheuren, durch Kriegsfolgen entstandenen Nachholbedarfs und eines durch zu geringe Kaufkraft bestehenden unbefriedigten Konsums 1 bis 2 Millionen arbeitswilliger Menschen zur Untätigkeit verdammt sind, dann findet sich hier der erste Ansatzpunkt eines „Ratio“.

Der Verbrauch an hochwertigen Nahrungsmitteln in Deutschland dürfte einen treffenden Vergleich für den völlig unbefriedigenden Stand der Lebenshaltung des deutschen Verbrauchers geben. Dieser Verbrauch ist gegenüber dem Vorkriegsstand weit stärker zurückgegangen als im Durchschnitt Westeuropas. Darüber darf auch das scheinbare Wohleben eines Teiles der Bevölkerung nicht hinwegtäuschen. Nach britischen Berechnungen z. B., die im englischen Landwirtschaftsministerium angestellt wurden, liegen der Fleisch- und Fettverbrauch in Europa im Durchschnitt um etwa 30 v. H., der Zuckerverbrauch um etwa 10 v. H. unter dem Vorkriegsstand. Im Bundesgebiet aber wird gegenwärtig im Durchschnitt um mehr als 45 v. H. weniger Fleisch und um 33 v. H. weniger Fett und um rund 25 v. H. weniger Zucker konsumiert als 1938.³ Wird dieser Tatsache die andere entgegengestellt, daß heute noch die Preise der Konsumgüter zu 60 bis 70 v. H. von den *Vertriebskosten* bestimmt werden, so dürfte hierdurch einer der ersten Ansätze zu einer notwendigen Rationalisierungsarbeit gekennzeichnet sein.

Die Gewerkschaftsvertreter haben daher mit Vordringlichkeit die Behandlung der Generalfrage „Arbeitsbeschaffung durch Rationalisierung“ gefordert, der sich die Vielfalt der Probleme, wie diejenigen um rationelles Bauen, Rationalisierung im Handel (Senkung der Handelsspannen), Rationalisierung in der Landwirtschaft (intensiver Anbau), Rationalisierung im Verkehr usw., wird zuordnen müssen.

3 Siehe Wirtschaftszeitung Nr. 44 vom 3.6.1950.